40. Ist der in §. 295 St.G.B.'s festgesetzte Ausspruch der Einziehung durch vorgängige Beschlagnahme des betreffenden Gegenstandes oder durch die Zweifellosigkeit der späteren Vollstreckbarkeit oder durch einen Antrag der Staatsanwaltschaft oder dadurch bedingt, daß in dem Eröffnungsbefehle neben §§. 292 u. 293 St.G.B.'s auch §. 295 St.G.B.'s angeführt worden?

St.P.D. §. 264 Abf. 1.

Bgl. Bd. 5 Nr. 41.

I. Straffenat. Ur. v. 7. Februar 1884 g. Sch. Rep. 139/84.

I. Landgericht Mosbach.

Gründe:

Die Revision der Staatsanwaltschaft, welche Verletzung des §. 295 St.G.B.'s geltend macht, weil nicht auf die Einziehung des von dem Angeklagten bei dessen unberechtigtem Fahren bei sich geführten Gewehres und Hundes erkannt worden sei, ist gerechtfertigt.

Der §. 295 St.G.B.'s enthält die gebietende Vorschrift, daß neben der durch das Jagdbergehen verwirkten Strafe auf die Einziehung des Gewehres, des Jagdgerätes und der Hunde, welche der Thäter bei dem unberechtigten Jagen bei sich geführt hat, zu erkennen sei. Der Ausspruch dieser Einziehung wird nach Wortlaut und Zweck des Gesetzes (vgl. über letzteren Motive zu §§. 38. 291 des Entwurfes des St.G.B.'s) weder durch vorgängige Beschlagnahme des betreffenden Gegenstandes, noch durch die Zweifellosigkeit der späteren Vollstreckbarkeit bedingt (wie das Reichsgericht bereits mit Urteil vom 17. Februar 1881 gegen S. Rep. 316/81 ausgesprochen hat). Ebenso wenig war der Ausspruch der Einziehung etwa daran geknüpft, ob in der Hauptverhandlung die Einziehung von der Staatsanwaltschaft beantragt worden, und konnte deshalb auch die Unterlassung eines solchen Antrages für das urteilende Gericht keine Berechtigung begründen, auf die Einziehung nicht zu erkennen. Ein Hindernis gegen den Ausspruch der Einziehung bot endlich auch nicht der Umstand, daß in dem Verweisungsbefehle neben §§. 292. 293 St.G.B.'s nicht auch §. 295 St.G.B.'s angeführt war. Nach §. 263 Abs. 2 St.P.D. war das Gericht an diejenige Beurteilung der That, welche dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu Grunde liegt, nicht gebunden. Die Voraussetzung ferner des §. 264 Abs. 1 St.P.D. lag nicht vor, da die Einziehung sich als eine Nebenfolge darstellt und daher schon mit der Anführung der §§. 292. 293 a. a. D. der Angeklagte veranlaßt war, auch sie in Betracht zu ziehen und auch bezüglich ihrer sich zu verteidigen.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 5 S. 137 flg.

Wäre übrigens zur Anwendung des §. 295 St.G.B.'s eine besondere Hinweisung nach §. 264 Abs. 1 St.P.D. erforderlich gewesen, so hätte eben das urteilende Gericht eine solche Hinweisung eintreten lassen müssen.

Nach dem gesagten war auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil, soweit es keinen Ausspruch über die Einziehung des von dem Angeklagten bei dem unberechtigten Jagen inhaltlich der Entscheidungsgründe bei sich geführten Gewehres (Flinte) und Hundes enthält, aufzuheben und gemäß §. 394 Abs. 1 a. a. D. von dem Revisionsgerichte in Anwendung des §. 295 St.G.B.'s auf die Einziehung der genannten Gegenstände zu erkennen.